

ANTRAG

der Abgeordneten Edlinger und Waldhäusl

gemäß § 34 LGO

zum Antrag der Abgeordneten Dr. Sidl, Rosenmaier u.a. betreffend Verhinderung von Atommüllendlager in Grenznähe und eine strikte Anti-Atom-Politik Österreichs, Ltg.-1586/A-2/13-2017

sowie

zum Antrag der Abgeordneten Waldhäusl, Gabmann u.a. betreffend Klares NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe, Ltg.-1524/A-3/476-2017

betreffend **Kein Atommüll an Niederösterreichs Grenzen**

Seit Jahren droht an der Grenzregion zum Waldviertel ein Atommüllendlager zu entstehen. Nun werden die Ausbaupläne immer konkreter und spätestens im Jahr 2018 will die tschechische Regierung entscheiden, an welchem Standort die radioaktiv verbrauchten Brennstäbe aus ihren Atomkraftwerken endgelagert werden. In der engeren Auswahl befinden sich zahlreiche Orte nahe der österreichischen Grenze. Als potenzieller Standort wird vermehrt die Erhebung Cihadlo genannt. Cihadlo ist lediglich 21 Kilometer von der Grenze zu Niederösterreich entfernt und würde als Atommüllendlager ein enormes Gefahrenpotenzial, für die niederösterreichische Bevölkerung darstellen. Tatsache ist, dass bis dato noch immer kein sicheres Endlagersystem entwickelt wurde und sich Niederösterreich ohnehin mitten in der Gefahrenzone mehrerer in Tschechien und der Slowakei liegender Atomkraftwerke befindet. Mit Stichtag Ende 2017 sind neun der 14 in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke in Temelin, Dukovany, Bohunice, Mochovce und Paks 30 Jahre und länger in Betrieb. Die

Folgen eines atomaren Unfalls in einem dieser Atomkraftwerke wären katastrophal. Ebenso gefährlich und bedrohlich ist die von Tschechien angepeilte, grenznahe Atommüllendlagerung. Im Interesse einer sicheren Zukunft unseres Bundeslandes sowie der Gesundheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher und nachfolgender Generationen muss die grenznahe Atommüllendlagerung mit allen Mitteln verhindert werden. Ebenso ist es wichtig die Anti-Atompolitik Österreichs auf europäischer Ebene zu verfolgen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung aufzufordern,
 - entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe einzutreten und alle rechtlichen Möglichkeiten diesbezüglich auszuschöpfen;
 - einen strikten „Anti-Atom-Kurs“ auf europäischer Ebene zu vertreten und folgende Forderungen zu erheben:
 - genereller umgehender Neu- und Ausbaustopp für Kernkraftwerke
 - Erstellung eines verbindlichen Plans zum zeitnaheneuropaweiten Ausstieg aus der Atomkraft.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO werden die Anträge Ltg.-1586/A-2/13-2017 und Ltg.-1524/A-3/476-2017 miterledigt.“